

*Institut für Kriminologie an der Fakultät für  
Rechtswissenschaft der Universität Hamburg*

# ***Verbreitung politisch extremistischer Einstellungen und der Beobachtung von Intoleranz, Hass und Radikalisierung im eigenen Lebensumfeld***

*Katrin Brettfeld, Rebecca Endtricht, Diego Farren, Jannik  
M.K. Fischer, Peter Wetzels*

*Phänomenmonitoring*

## Zusammenfassung

Die Untersuchungen in diesem Teilprojekt des MOTRA-Forschungsverbundes verfolgen das Ziel, Erkenntnisse zur Verbreitung und Entwicklung extremistischer Einstellungen, von Ungleichwertigkeitsideologien, Hass und Intoleranz sowie der Akzeptanz politisch motivierter Gewalt in Deutschland zu gewinnen. Dies soll phänomenübergreifend und vergleichend unter Bezug auf unterschiedliche politische, ideologische oder religiöse Hintergründe erfolgen. Es sollen Veränderungen der Verbreitung und sozialen Verteilung solcher Einstellungen im Zeitverlauf identifiziert sowie diesbezügliche Risikopotenziale eingeschätzt und sozial näher lokalisiert werden. Zu diesem Zweck wird eine Dauerbeobachtung in Form regelmäßiger, jährlich durchgeführter, gleichartiger repräsentativer Umfragen eingerichtet. Darin werden zum einen Beobachtungen und Bewertungen verschiedener Erscheinungsformen politischer Extremismen in der eigenen Lebensumwelt der Befragten erhoben. Thematisiert werden ferner unterschiedliche Facetten und Formen extremistischer Überzeugungen. Zusätzlich werden subjektive Wahrnehmungen gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungen erfasst, die als antezedente Bedingungen oder konstellative Faktoren die Ausbildung von religiösen und politischen Extremismen begünstigen können. Im Folgenden werden der theoretische Rahmen, das Untersuchungsdesign und die Stichprobenplanung sowie der aktuelle Stand der Umsetzung dieses Teilprojektes aus dem MOTRA-Verbund erläutert.

## Stichworte

extremistische Einstellungen | repräsentative Umfrage |  
politische Gewalt | Trendanalyse



## Einleitung

Im Rahmen des Gesamtverbundes MOTRA verfolgen die im Folgenden beschriebenen repräsentativen Umfragen, die seitens der Forschungsgruppe des Instituts für Kriminologie aus der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg, in enger Kooperation speziell mit den Verbundpartnern aus dem BKA, der LMU-München und dem WZB, konzipiert wurden, das Ziel, verallgemeinerbare Erkenntnisse zur Verbreitung und sozialen Verteilung extremistischer Einstellungen sowie der Akzeptanz religiös und politisch motivierter Gewalt in der Bevölkerung in Deutschland zu gewinnen. Zentral geht es darum, diesbezügliche Risikopotenziale einzuschätzen und deren Veränderungen im Zeitverlauf abzubilden. Zu diesem Zweck wird eine Dauerbeobachtung in Form regelmäßiger, im jährlichen Abstand durchgeführter, gleichartiger repräsentativer Umfragen eingerichtet.

In den dazu vorgesehenen Erhebungen werden, neben individuellen Einstellungen und Verhaltensbereitschaften der Befragten, vor allem auch deren Wahrnehmungen und subjektive Bewertungen von Art und Umfang politischer Extremismen in den Regionen einbezogen, in denen sie leben. Ferner werden auch Einschätzungen und Beobachtungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bezug auf solche gesellschaftliche Prozesse und Entwicklungen einbezogen, die als antezedente Bedingungen oder konstellative Faktoren die Ausbildung von religiösen und politischen Extremismen begünstigen können. Insoweit werden im Rahmen der hier vorgestellten Teilstudie des MOTRA-Verbundes die erreichten Personen sowohl mit Blick auf ihre eigenen Meinungen und Haltungen als auch in der Rolle als Beobachter und Experten sozialer Entwicklungen in ihrem eigenen regionalen Wohn- und Lebensumfeld befragt.

Diese regelmäßig wiederholten, national repräsentativen Befragungen der erwachsenen Wohnbevölkerung (Bevölkerungsbefragung) sollen ergänzt werden um thematisch gleichartige, im zweijährigen Abstand wiederholte Befragungen junger Menschen. Befragungen junger Menschen (Jugendliche und junge Erwachsene). Hintergrund dessen ist, dass es sich hierbei um eine für extremistische Propaganda und Agitation besonders attraktive und empfängliche Personengruppe handelt, für die sowohl zeitliche Veränderungen als auch relevante Risiko- und Schutzfaktoren und

Auswirkungen sozialer Kontextmerkmale auf Radikalisierungsprozesse zusätzlich differenzierter in den Blick genommen werden sollen.

## Zielsetzung und Funktion der Einstellungsbefragungen im MOTRA-Verbund

Die Erfassung von Einstellungen im Zusammenhang mit der Untersuchung verschiedener Formen politisch und/oder religiös motivierter Extremismen ist in Deutschland etwa seit den 1980er Jahren ein wichtiger Bestandteil der Extremismusforschung. Diese konzentrierte sich, nach etwas umfangreicheren Thematisierungen linksextremistischer Entwicklungen in den 70er Jahren, seit Ende der 80er und in den 90er Jahren vor allem auf extremistische Einstellungen, Vorurteilsstrukturen und Verhaltensbereitschaften mit Bezug zum Rechtsextremismus. Zu nennen sind hier insbesondere Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Analysen im Hinblick auf Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und die pauschale Ablehnung von Minderheiten. In jüngerer Zeit wurde dies weiter ausgedehnt auf Forschungsarbeiten im Bereich des politisch-religiösen Extremismus, hier in erster Linie des Islamismus.

In diesem Teilprojekt im Rahmen des Projektverbundes MOTRA werden in diesem Sinne ganz ähnlich Einstellungen und Wahrnehmungen der befragten Personen – im Unterschied zu expliziten eigenen aktiven Handlungen und Verhaltensweisen – erfasst. Zwar werden nicht alle Personen mit extremistischen oder extremismusaffinen Einstellungen auch auf der Verhaltensebene aktiv. Ebenso gilt, dass nicht alle Täter politisch-motivierter Gewaltakte notwendigerweise demokratie- oder menschenrechtsfeindliche Einstellungen vertreten müssen. Abseits der Diskussion darüber, in welchem Maße Einstellung und Verhalten auf individueller Ebene speziell im Bereich des politischen Extremismus korreliert sind (vgl. hierzu das Zwei-Pyramiden-Modell von McCauley und Moskalenka 2017), gehen wir jedoch davon aus, dass extremistische sowie extremismusaffine Einstellungen einem möglichen Handeln, also konkreten politischen Aktivitäten wie auch der tatsächlichen Anwendung von politisch oder religiös motivierter Gewalt, in vielfacher Weise vorgelagert und insoweit eine wichtige Einflussgröße sind. Sie können zu eigenen entsprechenden

Handlungen hinführen und diese beeinflussen; sie können aber auch Aktivitäten und Handlungen anderer begünstigen und bestärken, ohne zwangsläufig auch in eine entsprechende eigene aktive Handlung auf Seiten der Einstellungsträger münden zu müssen.

In diesem Sinne stellen extremistische, demokratiefeindliche sowie intolerante, menschenrechtsfeindliche Einstellungen einen wichtigen Resonanzboden für extremistische Gruppierungen und Personen und deren Aktivitäten dar. Diese können auf diesem Wege sowohl Unterstützung erhalten als auch unter den jeweiligen Einstellungsträgern Rekrutierungsmöglichkeiten finden, auch wenn die betreffenden Teile der Bevölkerung selbst (noch) nicht durch entsprechende aktive und öffentliche Kommunikation von Vorurteilen, Intoleranz und Hass oder gewaltförmige Aktivitäten aufgefallen sind.

Die repräsentativen Befragungen der UHH sind innerhalb des MOTRA-Verbundes, der insgesamt als ein zentrales Anliegen das Ziel eines multimethodalen, längsschnittlichen phänomenübergreifenden Monitoring des extremistischen Geschehens in Deutschland verfolgt, insoweit ein wichtiger Teilbaustein, der sich einer spezifischen Informationsquelle im Hinblick auf das Extremismusgeschehen in unserer Gesellschaft bedient und die anderen Teilprojekte, vor allem das Internetmonitoring seitens der LMU, das Protestmonitoring und die Akteursanalyse seitens des WZB sowie die Analysen der registrierten politisch motivierten Kriminalität und Gewalt seitens des BKA, ergänzt.

Die vorgesehene Untersuchung extremistischer Einstellungsmuster sowie der individuellen Beobachtungen entsprechender Geschehnisse im eigenen Lebensumfeld gestattet es, im Gesamtkontext von MOTRA auch das in den Blick zu nehmen, was sich bei einer Beschränkung der Betrachtung auf manifeste extremistische Gewalt- und Terrorakte sowie individuelle normverletzende Verhaltensweisen im Bereich der registrierten Staatsschutz- und Propagandadelikte als Ausdrucksformen extremistischen Verhaltens nicht zureichend erkennen lässt, weil es im Dunkelfeld des nicht offiziell registrierten Geschehens verbleibt. Protestgeschehnisse wie auch internetbasierte Kommunikationen decken ebenfalls nur Teilausschnitte des Phänomenbereichs ab. Über Einstellungsbefragungen und Alltagsbeobachtungen von Befragten ist es möglich, weitere Bereiche der Entwicklung von Extremismen

und ihrer Vorformen zu erfassen und damit das Monitoring umfassender zu gestalten. Insbesondere erlaubt dies auch, recht frühe Formen sich anbahnender Entwicklungen von Risikogruppen in den Blick zu nehmen.

Über die vorgesehenen Befragungen lassen sich Informationen darüber gewinnen, welche sozialen Konflikte, deren subjektive Wahrnehmung und Bewertung, sowie welche individuellen sozialen und psychologischen Merkmale zur Entstehung von derartigen Risikopotenzialen im Sinne extremistischer Einstellungen sowie der Akzeptanz politischer Gewalt, deren Unterstützung bis hin zur eigenen Handlungsbereitschaft, führen können.

Langfristig können hier im Rahmen von Trendanalysen auch Erkenntnisse darüber gewonnen werden, inwieweit bestimmte gesellschaftliche Veränderungen – unter Einbeziehung ihrer subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen – einen Einfluss auf Radikalisierungsprozesse im Sinne der Entwicklungen extremistischer Einstellungen, von Hass und Intoleranz sowie der Akzeptanz politisch oder religiös motivierter Gewalt haben.

Ziel ist es, den Umfang und die sozialen Verteilungen von Risikogruppen im Zeitverlauf sorgfältig zu beobachten und hinsichtlich ihrer Hintergründe und konstellativen Faktoren zu analysieren, um so frühzeitig sich anbahnende Trends im Rahmen des Verbundes erkennen und genauer bestimmen zu können. Dies wiederum vermag Hinweise auf Ansatzpunkte einer evidenzbasierten Präventionsarbeit im Hinblick auf unterschiedliche soziale Ebenen und Zielgruppe zu liefern.

## Phänomenübergreifende und phänomenspezifische Erfassung extremistischer Einstellungen

Der Begriff des Extremismus trat im deutschen Sprachraum zunächst in den siebziger Jahren sowohl im politischen als auch wissenschaftlichen Diskurs auf, in dieser Zeit wurde er auch von den Sicherheitsbehörden als Ordnungsbegriff aufgegriffen (vgl. Virchow 2016, 14f.). Dabei diente der Begriff in diesem Kontext vor allem als Abgrenzung zum Radikalismus, der zwar mit massiver, grundsätzlicher Kritik an der Wirtschafts- und/oder Gesellschaftsordnung einhergehen kann, jedoch weder den

demokratischen Verfassungsstaat noch die damit verbundenen demokratischen Freiheitsrechte notwendig angreift, während extremistische Aktivitäten gerade darauf abzielen, genau diese Grundprinzipien einzuschränken oder (zumindest partiell) zu beseitigen (vgl. BfV 2020).

In der deutschen Forschung wurde die Debatte um den Begriff des politischen Extremismus seit den 1980ern vor allem durch Beiträge von Backes (1989) und Jesse (Backes & Jesse 1996) geprägt. Danach umfasst politischer Extremismus Einstellungen, Handlungen, Organisationen und Personen, die sich gegen Grundprinzipien der liberalen Demokratie richten. Extremismus wird insoweit als Gegensatz zum demokratischen Verfassungsstaat verstanden. Ein solches Begriffsverständnis ermöglicht es, neben Phänomenen aus dem klassischen Links-Rechts-Schema, auch ideologisch gänzlich anders verortete extremistische Spielarten zu inkorporieren, wie beispielsweise politisch-religiös motivierte Extremismen (vgl. Arzheimer 2019, 296f.).

Die definitorische Nähe von Backes und Jesse zum Begriffsverständnis der Sicherheitsbehörden, die scheinbare Gleichstellung von Links- und Rechtsextremismus sowie die zugespitzte Dichotomisierung von Demokratie und Extremismus sorgten jedoch auch für mannigfaltige Kritik (vgl. bspw. zu Begriff und Abgrenzung des Linksextremismus Treskow & Baier 2020, 35 ff). Gleichzeitig bietet das zugrunde liegende normative Extremismus-Konzept aber auch zahlreiche Anknüpfungspunkte für weitere Ausdifferenzierung (vgl. Mannewitz 2018, 52; vgl. Arzheimer 2019, 298; vgl. Beelmann 2019a, 7f.). So kommt Mannewitz durch eine Bestimmung von notwendigen Kern- und Teilregimen demokratischer Verfassungen (in Anlehnung an das Embedded-Democracy-Konzept) zur Unterscheidung verschiedener Spielarten von Extremismen, die sich durch antidemokratische oder antikonstitutionelle Elemente auch auf der Ebene von Einstellungen umschreiben und operationalisieren lassen.

Damit nimmt Mannewitz im politikwissenschaftlichen Diskurs ähnliche Fragen in den Fokus wie sie – aus juristischer Perspektive – auch das Bundesverfassungsgericht (2017) im Urteil zum NPD-Verbotsverfahren hervorhob. Das BVerfG verwies insoweit auf einige wenige, zentrale Grundprinzipien, die für den freiheitlich demokratischen Verfassungsstaat unentbehrlich sind, um einen offenen Prozess politischer Willensbildung – in dem auch einzelne Elemente der Verfassung durchaus kritisch betrachtet werden

können – zu ermöglichen und gleichzeitig diejenigen Elemente der Verfassung zu schützen, die außerhalb jeder Diskussion stehen müssen (2017, 143f.). Das BVerfG benennt hier – vor allen anderen Rechten und Prinzipien – vor allem a) ein egalitäres Verständnis der Menschenwürde, b) das Demokratieprinzip – unabhängig von den zugrunde liegenden Instrumenten, solange für alle Bürger eine gleichberechtigte Mitwirkungsmöglichkeit besteht und die Volkssouveränität gewahrt wird – sowie c) die Rechtsstaatlichkeit – im Sinne der Bindung und Begrenzung öffentlicher Gewalt und der Kontrolle staatlicher Organe (2017, 144-147).

Greift man diese Kriterien auf, lassen sich verschiedene Spielarten unterschiedlichster Extremismen beschreiben, die über eine bloße dichotome Gegenüberstellung von Demokratie und Extremismus, von Links- und Rechtsextremismus hinausgehen. Ein solch weites Begriffsverständnis ermöglicht es zudem, extremistische Phänomene wie auch Einstellungen unabhängig von den jeweils damit verbundenen politischen Ideologien und Motiven zu konzeptualisieren. Extremismus lässt sich so im Sinne von Demokratie- und Menschenrechtsfeindlichkeit phänomen- und ideologieübergreifend konzeptualisieren und als eine kontinuierlich abgestufte Größe mit verschiedenen Facetten operationalisieren und erfassen.

In der jüngeren Forschung wurden bereits Definitionen des Extremismus-Begriffes verwendet, die mit einem solchen ausdifferenzierteren Verständnis kompatibel sind (vgl. Manzoni et al. 2018; vgl. Beelmann 2019b; Kemesies 2020, 39). Folgende Arbeitsdefinition des Extremismus-Begriffes wurde, in Anlehnung an die oben genannten Arbeiten, eingebettet in den allgemeinen Extremismusbegriff des MOTRA-Verbundes, speziell für die hier vorgesehenen Einstellungsbefragungen zugrunde gelegt:

Als Extremismus werden signifikant normabweichende Einstellungen und Handlungen bezeichnet, die durch eine Ablehnung von Grundprinzipien einer freiheitlichen Demokratie sowie von im Grundgesetz und den allgemeinen Menschenrechten garantierten individuellen Rechten geprägt sind, die auf eine Durchsetzung davon abweichender Rechts- und Normsysteme ausgerichtet sind und die mit totalitären politischen Ideologien, Vorstellungen von ethnischer oder nationaler Überlegenheit oder religiösem Fundamentalismus begründet und legitimiert werden.

Ein solches Verständnis von Extremismus legt zunächst zwei Dimensionen nahe, die es bei einer Einstellungsbefragung zu erfassen gilt. Generell können diese als demokratiedistante bzw. -feindliche Haltungen beschrieben werden und umfassen sowohl (1) die Einstellungen der Befragten zu individuellen Rechten und Freiheiten (z. B. Intoleranz gegenüber Minderheiten, Ablehnung der Gleichwertigkeit aller Menschen, der Meinungsfreiheit, der Pressefreiheit und der Demonstrationsfreiheit) als auch (2) Einstellungen zur konstitutionellen Verfasstheit des Staates (hier Deutschlands) (z. B. Ablehnung des Rechts auf Opposition, des Prinzips der Gewaltenteilung und der Durchführung regelmäßiger und freier Wahlen).

Unabhängig von solchen Haltungen zu grundlegenden menschenrechtlichen und demokratischen Prinzipien – deren Spitze ausgeprägte extremistische Einstellungen bilden – erscheint es im vorliegenden Projektzusammenhang erforderlich, auch die Bewertung bzw. Akzeptanz von politisch-ideologisch bzw. religiös-motivierter Gewalt zu erfassen.

Auf diesem Wege kann zwischen Personen differenziert werden, die demokratiedistante, intolerante Einstellungen vertreten, die aber nicht bereit sind, diese auch mit Gewalt durchzusetzen einerseits und andererseits solchen die bereit sind, eine gewaltförmige Durchsetzung politisch-religiöser Ziele zu dulden, diese hinzunehmen, zu unterstützen oder gar aktiv daran mitzuwirken.

Durch eine solche analytische Trennung und getrennte Erfassung von Haltungen zu demokratischen Grundprinzipien und Freiheitsrechten einerseits und politischer Gewaltakzeptanz andererseits wird es möglich, Risikopotenziale unterschiedlicher Intensität und Qualität hinsichtlich ihres Ausmaßes zu beschreiben und deren Veränderung über die Zeit abzubilden sowie diesbezügliche Einflussfaktoren zu identifizieren.

Zusätzlich zu einer phänomenübergreifenden Erfassung von Einstellungen zu verschiedenen Aspekten extremistischer bzw. extremismunaher Positionen und zu politischer Gewalt, ohne eine unmittelbare Verknüpfung mit deren jeweiligen politischen oder ideologischen Begründungen bzw. subjektiven Legitimationen (vgl. u. a. Kemmesies 2020, 44), lässt sich auch deren ideologische Basis bzw. Bezugspunkt davon unabhängig erfassen. Dies geschieht im vorliegenden Projekt u. a. durch eine Selbstverortung der

Befragten im gängigen Links-Mitte-Rechts-Schema und über eine Erhebung politischer Präferenzen und Ziele. Über diese Einordnung im politischen Spektrum hinaus werden weiter – bezogen auf religiöse Befragte – auch deren Selbstverortung innerhalb verschiedener religiöser Bekenntnisse und ihrer insoweit spezifischen religiösen Orientierungen vorgenommen (vgl. Brettfeld & Wetzels 2007). Dies erfolgt, um die Bedeutung religiös fundamentaler Haltungen für die Ausprägung extremistischer Einstellungen, darunter z. B. Formen des Islamismus, näher bestimmen und religionsübergreifend vergleichend analysieren zu können.

Diese Trennung der Messung von Demokratiedistanz, Ungleichwertigkeitsideologien, Intoleranz und individuellen Vorurteilen gegenüber Minderheiten im Sinne gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zum Einen von der Erfassung der Einstellungen zu politisch motivierter Gewalt zum Zweiten sowie der Messung der politisch-ideologischen und religiösen Selbstverortung zum Dritten erlaubt es erstmals für Deutschland in wiederholten, national repräsentativen Befragungen Bezüge zwischen religiös motivierten Formen von Intoleranz oder islamistischen Haltungen einerseits und politisch-motivierten extremistischen Einstellungen andererseits herzustellen und diese Phänomene sowohl vergleichend als auch mit Blick auf deren Überschneidungen und wechselseitigen Einflüssen zu betrachten.

Neben dem Ansatz, das Konstrukt „Extremismus“ auf der Einstellungsebene phänomenübergreifend zu beschreiben, werden zusätzlich auch phänomenspezifische Erscheinungsformen islamistischer und rechts-extremistischer Einstellungen bzw. von Beobachtungen ihrer Ausdrucksformen im Rahmen der geplanten repräsentativen Umfragen erhoben.

Als Basis der Erfassung spezifisch rechtsextremistischer Einstellungen wird dazu auf die sogenannte ‚Konsensdefinition‘ rekurriert, die auf einer Expertenkonferenz zum Thema Rechtsextremismus im Jahr 2001 entwickelt wurde (vgl. Decker et al. 2010, 18). Diese geht davon aus, dass Rechtsextremismus ein geschlossenes Einstellungsmuster darstellt, das vor allem durch Ungleichwertigkeitsvorstellungen gekennzeichnet ist, die sich im politischen Bereich durch Affinität zu rechtsautoritären Diktaturen, Chauvinismus und der Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie im sozialen durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische

Einstellungen auszeichnet (vgl. Decker et al. 2006, 20). Auch diese sechs Subdimensionen des Rechtsextremismus aus der Konsensdefinition werden im Rahmen der Bevölkerungsbefragung erfasst, unter anderem um auch eine Anschlussfähigkeit zu anderen großen Forschungsprojekten – z. B. den Leipziger Autoritarismus-Studien (Decker & Brähler 2018, 2020) sowie den Bielefelder Mitte-Studien (Zick, Küpper & Berghan 2019, Zick & Küpper 2021) – in diesem Forschungsfeld herzustellen.

Im Hinblick auf politisch-religiös motivierte Formen von Extremismen, speziell des islamistischen Extremismus, wurde entschieden, aufgrund der Beziehungen und Überschneidungen zwischen islamistisch-extremistischen politischen Haltungen mit religiösen fundamentalistischen Überzeugungen, die sich in früheren Studien deutlich gezeigt haben (Brettfeld & Wetzels 2007; Koopmanns 2015), im Rahmen der vorgesehenen Erhebungen sowohl die individuelle Religiosität, d. h. die Intensität religiöser Bindung und Identifikation, als auch wesentliche Inhalte der individuellen religiösen Überzeugungen und deren Bedeutung für den Alltag der betreffenden Menschen zu erfassen.

Fundamentalismus wird dabei als ein in vielen verschiedenen Religionen beobachtbares – insoweit also religiöse Bekenntnisse übergreifendes – Phänomen verstanden. Dieses ist zwar regelmäßig auch mit Ungleichwertigkeitsvorstellungen und Exklusivitätsansprüchen verbunden. Gleichwohl ist aber Fundamentalismus konzeptuell von (damit ggfs. auch assoziierten) politischen Einstellungen und Wendungen, wie z. B. Islamismus oder Rechtsextremismus, zu trennen. Insoweit sind beispielsweise Islamismus und Fundamentalismus keinesfalls deckungsgleich (vgl. Brettfeld & Wetzels 2007).

Speziell der im Bereich der aktuellen Debatten um politisch-religiösen Extremismus in Deutschland besonders fokussierte Islamismus wird in diesem Vorhaben ebenfalls in den Blick genommen und vergleichend analysiert. Islamistischer Extremismus in der hier verwendeten Definition kennzeichnet sich dadurch, dass politische Macht- und Dominanzansprüche der religiösen Eigengruppe bzw. der diese repräsentierenden Vertreter durch Verweis auf absolute, aus der eigenen Religion geschöpfte, aber universell geltende, religiöse bzw. göttliche Wahrheiten legitimiert werden. Diese Legitimation nimmt für sich in Anspruch, historisch

überdauernd richtig und ewig gültig zu sein. Dies ist verbunden mit dem Anspruch, dass alle, also auch Personen, die nicht Mitglieder der Religionsgemeinschaft sind, sich den daraus abgeleiteten „göttlich gegebenen“ Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens unterzuordnen haben.

„Der Islam wird im Falle einer extremistischen Wendung nicht auf die religiöse Sphäre des eigenen Lebens oder der eigenen Gemeinschaft begrenzt, sondern politisch zum Leitprinzip der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens erkoren, dem sich alle anderen ... unterzuordnen haben, was nach dieser Ansicht auch keiner politischen Legitimation bedarf, weil die gesellschaftlichen Gestaltungsmaximen für alle, also auch die Ungläubigen, bereits göttlich bestimmt sind.“

(Brettfeld & Wetzels 2007, 58).

In diesem Verständnis ist Islamismus die politische Wendung des Religiösen mit umfassendem Geltungsanspruch, ohne die Option einer kritischen Reflexion und ohne das Konzept einer legitimen Opposition oder Kritik. Toleranz, die Akzeptanz von Diversität sowie die Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe als legitim, gleichwertig und achtenswert, wie auch Haltungen im Sinne einer grundlegenden politischen Opposition, sind damit, unter Verweis auf eine göttliche Bestimmung des „Richtigen“ und die entsprechende Legitimation von auch politisch relevanten Autoritäten, nicht mehr zu vereinbaren.

## Theoretische Einbindung und konzeptuelles Analysemodell

Neben der deskriptiven Beschreibung von Umfang und Veränderungen extremistischer Einstellungen, der Identifikation und Einschätzung der Größenordnung diesbezüglicher Risikopotenziale, sowohl auf der Einstellungsebene als auch unter Bezug auf entsprechende Wahrnehmungen der Befragten in ihren jeweiligen Lebensumfeldern, sind die Erhebungen auch darauf ausgerichtet, antezedente Bedingungen und konstellative Faktoren, welche die Ausbildung von religiösen und politischen Extremismen begünstigen, zu erfassen und in ihrer Wirkung zu bewerten. Ein solches Vorhaben bedarf – soll es nicht nur unsystematisch explorativ nach

möglichen Zusammenhängen suchen – einer theoretischen Basis, die als Ausgangspunkt der Untersuchung bestimmte Zusammenhänge fokussiert und damit auch Inhalte der Erhebungen vorstrukturiert und begrenzt.

Die Forschung zu Extremismus und Radikalisierung hat sich bisher zahlreicher theoretischer Konzepte bedient und solche auch neu hervorgebracht (für einen Überblick vgl. Beelmann 2019b, LaFree & Freilich 2017, Kemmesies 2021). Aktuell wird in diesem Zusammenhang häufig auf das Radikalisierungsmodell von Beelmann (2019b) Bezug genommen, das – ganz dem bio-psycho-sozialen Ansatz der Erklärung von abweichendem Erleben und Verhalten verpflichtet – Faktoren auf individueller, gruppenbezogener und sozialer Ebene miteinander verknüpft, wobei die ontogenetische Perspektive in den Mittelpunkt des Interesses gerückt wird. Die im Rahmen des MOTRA-Monitorings geplanten Untersuchungen zielen indessen nicht auf eine solche Untersuchung individueller Entwicklungsverläufe und darin erkennbarer entwicklungsbezogener Einflussfaktoren im Zeitverlauf ab. Dies würde zudem längsschnittliche Erhebungen in einem Paneldesign erfordern, also wiederholte Untersuchungen derselben Personen im Zeitverlauf.

Das Monitoring-Konzept von MOTRA fokussiert demgegenüber auf der Einstellungsebene eine Analyse sozialer Zustände auf der Meso- und Makroebene, freilich auch dies unter Beachtung der darin eingebetteten individuell relevanten Einflussgrößen. Insoweit geht es hier vor allem um ein Trenddesign zur Analyse sozialer Zustände und Wandlungsprozesse und der Faktoren, diese solche Trends zu erklären vermögen.

In verschiedenen kriminologisch-theoretischen Modellen werden – in unterschiedlichem Ausmaß – individuelle Befindlichkeiten und Neigungen sowie normativ relevante Einstellungen und deren Bezüge zu Zuständen und Erlebnissen auf gesellschaftlicher Ebene thematisiert. Diese Arbeiten sind auch im vorliegenden Kontext relevant. Zu nennen sind hier Zusammenhänge von politisch relevanten Einstellungen mit Zuständen individueller Unzufriedenheit und Angst vor dem Hintergrund sozialer Deprivations- und Diskriminierungserfahrungen sowie mangelndem Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen. Damit sind sowohl klassische soziale Anomietheorien als auch der – eher auf der individuellen Ebene verortete – Ansatz der sogenannten General Straintheory (Agnew 2006,

2017) angesprochen. Diese Ansätze bilden eine wichtige theoretische Grundlage für die Trendanalysen im Rahmen des Monitorings extremistischer Einstellungen in diesem Teilprojekt. Weitere Bezüge zu situativen Einflussgrößen und deren Veränderungen auch auf der Makroebene finden sich im Rahmen der situationalen Handlungstheorie SAT (Wikström 2010; Wikström et al. 2012), die sich auch auf den Bereich von Extremismus und Terrorismus (vgl. Wikström & Bouhana 2017; Pauwels & Svenson 2017) und hier relevante Kontextfaktoren und deren Veränderung gut beziehen lässt (vgl. Bouhana & Wikström 2010, Wikström 2020).

Eine zentrale Grundannahme anomietheoretischer Ansätze geht davon aus, dass plötzlicher bzw. grundlegender sozialer Wandel und soziale Krisenerscheinungen mit tiefergehenden individuellen Verunsicherungen und Gefährdungswahrnehmungen sowie daran anknüpfend auch mit dem Verlust der Legitimität staatlicher Institutionen verbunden sein können. Solche Verunsicherungen können sich auf vielfältige Lebensbereiche beziehen. Diese reichen von der materiellen – einschließlich der finanziellen – Sicherheit der Person und ihrer Familie, der Wahrnehmung der Bedrohung der eigenen sozialen Identität sowie des persönlichen Selbstwerts bis hin zur Frage der Gültigkeit bis dato individuell und gesellschaftlich als gültig und wichtig erachteter Normen und Werte. Solche Wahrnehmungen von Bedrohung und Gefährdung können in ein Gefühl der Regellosigkeit (anomischer Zustand) münden. Ob gesellschaftliche Veränderungen und Krisen in diesem Sinne ein als bedrohlich empfundenes Ausmaß annehmen und auf welchem Wege es dem Individuum ggf. gelingt, damit assoziierte Gefühle zu kompensieren, hängt von den Eigenschaften und Erfahrungen des Einzelnen und Merkmalen seines sozialen Umfeldes ab.

In unseren Erhebungen werden als potenzielle Faktoren der Verunsicherung und Herausforderung Konfrontationen mit aktuellen, besonders wichtigen Aspekten technischer und gesellschaftlicher Veränderungen sowie aktuelle Krisenphänomene konzeptualisiert. Es geht um die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit, wie sie Migration, Klimawandel oder auch Digitalisierung und Globalisierung (nicht zuletzt auch für Fragen der individuellen Gesundheit und Sicherheit) mit sich bringen. Auch die Konfrontation mit unterschiedlichen

Formen von Extremismen im eigenen Lebensumfeld können eine solche Herausforderung und Bedrohung darstellen.

In den repräsentativen Befragungen werden insoweit Besorgnisse der Befragten erhoben, die mit diesen gesellschaftlichen Herausforderungen verbunden sind. Weiter wird erhoben, inwieweit die Befragten Formen anomischer Verunsicherung zeigen.

Als wesentliche Faktoren die bedeutsam dafür sind, ob es zu derartigen anomischen Verunsicherungen kommt, werden unterschiedliche Aspekte von Bewältigungsressourcen angesehen, die im Rahmen der Erhebungen ebenfalls aufgegriffen werden. Zu nennen ist hier die subjektive Einschätzung staatlicher Institutionen: als zur Bewältigung der hier auftretenden Herausforderungen befähigt (bzw. dazu nicht in der Lage) und an den Problemen der Betroffenen tatsächlich interessiert (bzw. desinteressiert). Auch sozioökonomische Ressourcen wie Einkommen, Beruf und Bildung werden als weitere Einflussfaktoren angesehen und beachtet.

Extremistische Einstellungen stellen in diesem Modell eine mögliche Form der Reaktion auf bzw. eine Variante des Versuchs der Bewältigung von Bedrohungswahrnehmungen und damit assoziierten anomischen Gefühlen dar.

Ob und in welchem Maße es zur Ausbildung solcher extremistischer Einstellungen kommt, hängt nach dem hier zugrunde gelegten Modell auch davon ab, welche Erfahrungen die Einzelnen mit staatlichen Institutionen gemacht haben (insbesondere erlebte Benachteiligungen, die der Einzelne ursächlich diesen Institutionen zuschreibt), ferner von der Verfügbarkeit individueller - alternativer - Bewältigungsressourcen (darunter auch die Überzeugung eigener politischer Wirksamkeit), aber auch von Persönlichkeitseigenschaften wie dem Bedürfnis, schnelle und einfache Lösungen zu suchen, oder im Sinne des klassischen Autoritarismus, Autoritäten ein überlegenes Wissen zuzuschreiben und Forderungen danach, auf Abweichungen mit harten Maßnahmen der Ausgrenzung zu reagieren.

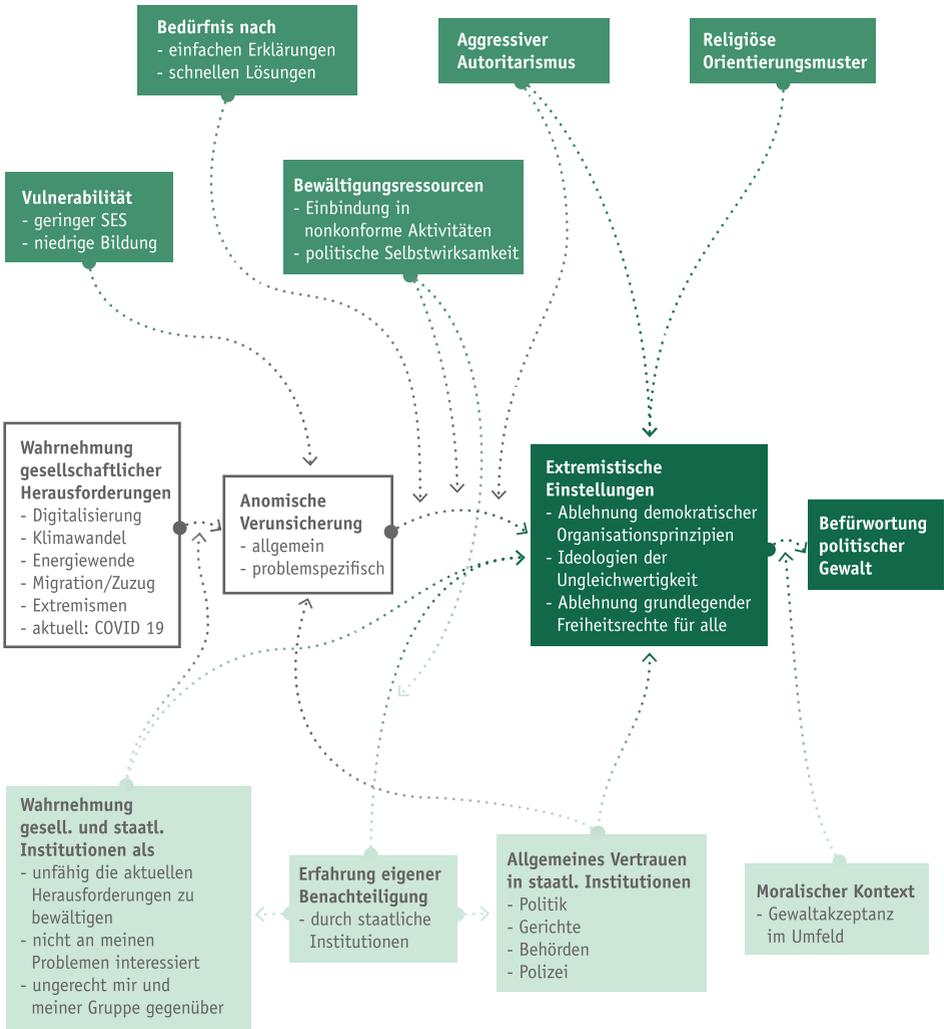


Abbildung 1: Auswirkungen gesellschaftlicher Herausforderungen auf Bewältigungsanforderungen sowie anomische Verunsicherung und deren Bezüge zu extremistischen Einstellungen und politischer Gewaltakzeptanz

Die Befürwortung instrumenteller Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele wird nach unserem Verständnis nicht als notwendiger Bestandteil extremistischer Einstellungen angesehen, sondern als ein damit zusammenhängender eigener weiterer Faktor, der die Gefährlichkeit solcher Einstellungen steigert, nicht aber notwendiger Bestandteil dieser Einstellungen ist. Auch hier sind mehrere Einflussgrößen denkbar, die die Ausbildung gewaltbefürwortender Haltungen begünstigen können, allen voran die Wahrnehmung einer allgemeinen Legitimierung gewalttätigen Handelns zu politischen Zwecken im sozialen Umfeld der Befragten (vgl. Wikström & Bouhana 2017, 182; Bouhana & Wikström 2010). Insoweit können auch Wahrnehmungen von Extremismen im eigenen Lebensumfeld, ggfs. auch abhängig von der Wahrnehmung und Bewertung darauf bezogener staatlicher Maßnahmen, auch ihrerseits zu Formen rechtlich und demokratisch nicht mehr legitimierbarer Gegenreaktionen und Eskalationen im Sinne politisch motivierter Gewalt beitragen.

## Das Design der Bevölkerungsbefragung „Menschen in Deutschland“ (MiD)

Das zentrale Element der Teilstudie der UHH ist eine repräsentative Befragung der in Deutschland lebenden erwachsenen Wohnbevölkerung, die unter dem Titel „Menschen in Deutschland“ (MiD) als eine Studie zu politischen Einstellungen sowie der Wahrnehmung aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen ins Feld gebracht wird. Diese Erhebungen sollen, beginnend im Jahr 2021, zunächst bis 2024 insgesamt viermal in vergleichbarer Weise jährlich wiederholt werden.

Im Hinblick auf die Durchführung solcher repräsentativer Bevölkerungsbefragungen sind in jüngster Zeit besondere Herausforderungen zu erkennen, denen sich das hier dargestellte Teilprojekt der UHH im MOTRA-Verbund in geeigneter Form stellen muss. Während in den ersten Skizzen und Konzepten zu diesem Teilprojekt innerhalb von MOTRA noch davon ausgegangen wurde, die Untersuchungen im Wege telefonischer Erhebungen durchführen zu können, zeigte sich bei weiteren Recherchen, dass in Bezug auf telefonische Befragungen wachsende Probleme mit der Erreichbarkeit der entsprechenden Zielgruppen berichtet wurden. Die im Zuge von Telefonbefragungen

erreichbaren Rücklaufquoten sind über die Jahre ganz erheblich gesunken, was bei einigen längsschnittlich angelegten größeren Trendstudien auch zum Anlass genommen wurde, Erhebungsmethodik und Stichprobendesign zwischenzeitlich zu wechseln (so z. B. in den Studien zu „Muslimisches Leben in Deutschland“ oder im Deutschen Viktimisierungssurvey).

Mit Blick darauf, dass die hier vorgesehenen Erhebungen von Einstellungen als Dauerbeobachtung etabliert werden sollen, erschien es daher angemessen, auf Stichproben der gemeldeten Wohnbevölkerung (und nicht auf Telefonregister) zurückzugreifen, da hier die Datenbasis dauerhaft in vergleichbarer Qualität verfügbar ist. Weiter bietet es sich an, für die Durchführung ein sogenanntes Mixed Mode-Design zu wählen, bei dem schriftliche postalische Befragungen und Online-Befragungen kombiniert werden. Dies gestattet es, technischen Entwicklungen und damit verbundenen Veränderungen der Kommunikationsgewohnheiten von Menschen angemessen Rechnung zu tragen, die in einem solchen längeren Projektzeitraum für ein Monitoring durchaus realistisch zu erwarten sind.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der anvisierten vergleichenden, phänomenübergreifenden Analyse stellt dabei auch die angemessene Erfassung religiös-politisch motivierter Extremismen und Gewalt, insbesondere hier von Formen des islamistischen Extremismus dar. Um untersuchen zu können, ob und inwieweit tatsächlich Bezüge islamischer Religiosität mit politisch-extremistischen Einstellungen bestehen, sind vergleichende Analysen erforderlich, in welche Angehörige verschiedener religiöser Bekenntnisse kontrastierend einbezogen werden müssen. Nur dies gestattet eine phänomenübergreifende Betrachtung verschiedener Varianten von Extremismen und ihrer Überschneidungsbereiche. Da in Deutschland lebende Muslime weit überwiegend einen Migrationshintergrund (bis hin zur dritten oder vierten Generation) besitzen, sollten als Vergleichsgruppe nicht nur Angehörige nichtmuslimischer Religionen sondern vor allem auch Personen einbezogen werden, die ebenfalls einen Migrationshintergrund besitzen, ohne Muslime zu sein, um Effekte von Religion und Religiosität auf die Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat sowie die Akzeptanz politischer Gewalt von jenen Effekten trennen zu können, die auf Migrationserfahrungen zurückzuführen sind.

In diesem Sinne sind auch Fragen der Erfahrung mit Integration und Ausgrenzung in der deutschen Gesellschaft als möglicher Hintergrund der Entwicklung politisch-extremistischer Einstellungen mit zu berücksichtigen. Es geht hier um soziale Prozesse, die im Sinne konflikttheoretischer Modelle der Radikalisierung (vgl. Eckert 2020) die Entwicklung von Extremismen begünstigen können. Deren Untersuchung erfolgt sinnvollerweise vergleichend, weshalb es wichtig ist, bei der Stichprobengestaltung dafür Sorge zu tragen, dass auch eine genügend große Vergleichsgruppe nicht-muslimischer Migranten unterschiedlicher Generationen in der Stichprobe vertreten ist.

Im Rahmen der Stichprobenplanung wurden aus diesem Grunde gezielte Oversamplings vorgesehen, die sicherstellen, dass separate Analysen für unterschiedliche Teilgruppen im Zeitvergleich möglich, und die Fallzahlen sowohl für Vergleiche als auch für Veränderungsmessungen hinreichend groß sind.

Für die Bevölkerungsbefragung ist danach eine realisierte Gesamtstichprobe von insgesamt netto  $n = 4.000$  Befragten ab dem Alter von 18 Jahren vorgesehen. Diese Netto-Gesamtstichprobe enthält den Planungen nach etwa  $n = 2.000$  Personen der Allgemeinbevölkerung ohne weitere Schichtungsvorgaben, die repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ab 18 Jahre in Deutschland sind. Diese wird ergänzt um ein Oversampling von  $n = 1.000$  Personen mit Migrationshintergrund sowie um ein weiteres Oversampling von  $n = 1.000$  muslimischen Befragten, jeweils im Alter ab 18 Jahren. Das Oversampling der Muslime soll weiter so geschichtet werden, dass Muslime aus der Region Balkan/Türkei, Muslime aus afrikanischen Ländern (überwiegend arabischsprachig aus Nordafrika) sowie Muslime aus dem Bereich Mittlerer Osten/Asien (Iran, Irak, Syrien, Jordanien, Israel/Palästina etc.) jeweils mit substantiellen Anteilen darin vertreten sind. Ein solches Stichprobendesign gestattet es, vergleichende Analysen für verschiedene Teilgruppen auch innerhalb der Migranten und innerhalb der in Deutschland lebenden Muslime mit ausreichenden Teilstichprobengrößen durchführen zu können.

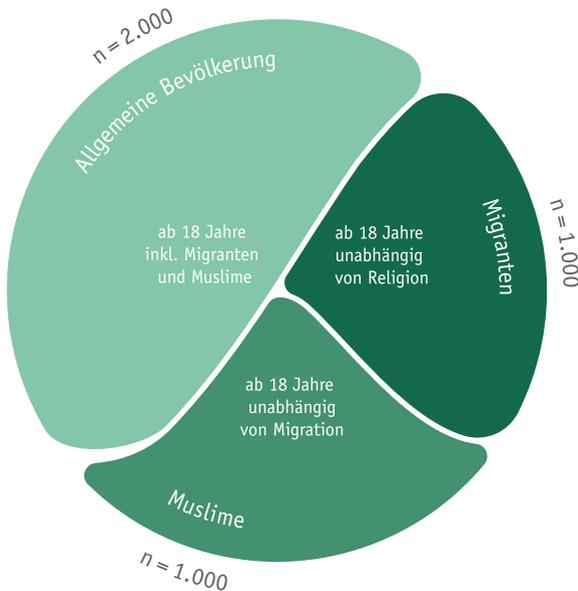


Abbildung 2: Stichprobendesign der repräsentativen Bevölkerungsbefragten „Menschen in Deutschland“ (MiD)

Die Ziehung der Stichproben erfolgt jedes Jahr für die jeweilige Erhebung neu auf Basis von aktuellen Einwohnermeldeamtsdaten (EMA) auf der Ebene von Gemeinden, was eine Verortung der befragten Personen in Landkreisen und kreisfreien Städte gestattet. Dies eröffnet die Option, die Befragungsdaten mit externen Informationen über Merkmale der dortigen sozialen Kontexte, d. h. Aggregatdaten zu sozioökonomischen Lagen aber auch zu Wahlverhalten, Kriminalität oder dem örtlichen Protestgeschehen zu verknüpfen.

Die bundesweit repräsentative Bevölkerungsbefragung wird in vier Wellen mit jährlichem Abstand durchgeführt, um so regelmäßig, kontrastierend und ergänzend zu den ebenfalls jährlich verfügbaren Lagebildern und offiziellen Statistiken, die Entwicklung der Beobachtung von Extremismen im eigenen Lebensumfeld sowie der Verbreitung von extremistischen Einstellungen und der Akzeptanz politischer Gewalt abbilden zu können.

Das Erhebungsinstrument wird in diesen vier Wellen weitgehend konstant beibehalten, mit Ausnahme eines veränderbaren Teilmoduls. In letzterem kann auf aktuelle Erfordernisse und Entwicklungen flexibel Bezug genommen werden.

Im Ergebnis werden so, unter Verwendung eines konstanten Messinstrumentes und eines gleichartigen Stichprobendesigns, kontinuierliche Bestandsaufnahmen und Veränderungsmessungen im Rahmen von Trendanalysen möglich, die auf Grund der Repräsentativität der Erhebung auch auf die Bundesrepublik verallgemeinerbar sind.

Integriert in diese Erhebung erfolgt ferner eine experimentelle Prüfung grundlegender theoretischer Annahmen des oben skizzierten Rahmenmodells. In Kooperation mit den Kollegen aus dem WZB wurde dazu ein Design entwickelt, in welchem randomisiert die Befragten in vier Teilgruppen unterteilt werden. Drei dieser Gruppen erhalten ein jeweils unterschiedliches Bedrohungsszenario präsentiert, verbunden mit der Frage nach dessen subjektiver Bedrohlichkeit (es handelt sich um Verschwörungstheorien zu Verbreitung von Krankheiten, Bedrohung durch Wirtschaftskrisen und Bedrohung durch Kriegsgefahren), die vierte Gruppe bleibt ohne eine solche Konfrontation. Abhängige Variable in diesem Design sind Vorurteile und ablehnende Einstellungen gegenüber den Mitgliedern von Fremdgruppen, hierunter auch andere religiöse Gruppen, denen die Befragten selbst nicht angehören. Das experimentelle Design gestattet insoweit, im Rahmen repräsentativer Erhebungen - neben korrelativen Zusammenhängen und Trendanalysen - auch verallgemeinerungsfähige Feststellungen dazu zu treffen, inwieweit die theoretisch postulierten Effekte subjektiver Bedrohungswahrnehmungen, die mit diesen Szenarien aktiviert und salient gemacht werden, auf Intoleranz und Vorurteile tatsächlich auch als kausale Wirkungen nachweisbar sind.

## Stand der Umsetzung der ersten Welle der repräsentativen Bevölkerungsbefragung: „Menschen in Deutschland 2021“

Das Erhebungsinstrument, das im Rahmen der repräsentativen Bevölkerungsbefragungen zum Einsatz kommt, wurde in enger Kooperation mit dem BKA, dem WZB, der LMU München sowie dem mit der Durchführung beauftragten Feldforschungsinstitut im Verlauf des Jahres 2020 entwickelt. Hierbei erwies sich die Berücksichtigung der vielfältigen Forschungsinhalte mit Bezug zum theoretischen Rahmenmodell einerseits und der Notwendigkeit, die Erhebung zeitlich zu begrenzen andererseits, als eine der größten Herausforderungen.

Inhaltlich wurde teilweise auf in der Forschung bereits bewährte Instrumente zurückgegriffen (so bspw. auf verfügbare Instrumente zur Erhebung politischer Einstellungen oder in Bezug auf Merkmale wie Autoritarismus oder dichotomes Denken). Bezüglich der Erhebung religiöser Orientierungen wurde auf Instrumente aus einer seitens der UHH bereits früher durchgeführten Studie von Brettfeld und Wetzels (2007) zurückgegriffen.

Das mit dem Projekt verbundene Anliegen, extremismusaffine Einstellungen phänomenübergreifend zu erheben – also gerade nicht nur unter Verwendung gängiger Instrumente zur Erfassung spezifisch islamistischer bzw. rechtsextremer Haltungen – führte auch zur Notwendigkeit der Entwicklung neuer Skalen. Zwecks Prüfung, Anpassung und Reduzierung des Umfangs dieser Skalen sowie zur Untersuchung der Praktikabilität eines solchen Erhebungsbogens in einem Online-Format, wurden durch die UHH drei Pretests mit insgesamt 1400 Teilnehmern, darunter auch 300 Muslimen im Jahr 2020 durchgeführt.

Zur Vorbereitung eines weiteren Pretests, der das Erhebungsinstrument in Gänze, vor allem aber die Vorgehensweise im Feld zum Inhalt hatte, wurde der Fragebogen in drei der sechs für die Haupterhebung vorgesehenen Sprachen übersetzt (türkisch, französisch und arabisch). Nachdem die Fragebögen gedruckt und das Onlineformat programmiert waren, konnte Anfang November 2020 der finale vierte Pretest beginnen. Die Datenerhebung für diesen Pretest wurden durch das beauftragte Feldforschungsinstitut durchgeführt, wobei auch verschiedene Varianten der Handhabung von Incentives zur Förderung der Teilnahmebereitschaft erprobt wurden.

Ende Dezember 2020 wurde dieser letzte Pretest abgeschlossen. Die Daten wurden im ersten Quartal 2021 analysiert und die Ergebnisse sodann zur weiteren Optimierung und Anpassungen des Erhebungsinstrumentes verwendet. Im Anschluss daran erfolgten die endgültigen Übersetzungen des Instrumentes in insgesamt sechs Sprachen für die Hauptuntersuchung.

Die Feldphase der ersten Welle dieser jährlich wiederholt vorgesehenen repräsentativen Befragungen, die innerhalb von MOTRA im Jahr 2021 erstmals unter dem Titel „Menschen in Deutschland 2021“ (MiD 2021) stattfindet, konnte trotz aller zwischenzeitlichen aufgetretenen Hindernisse und Widrigkeiten im Kontext der COVID-19 Pandemie, Mitte März 2021 beginnen und Ende Juni 2021 abgeschlossen werden. Im Herbst 2021 kann mit ersten deskriptiven Ergebnissen aus der ersten Welle gerechnet werden.

## Planung und aktueller Stand der Befragung junger Menschen (JuMiD)

Im Rahmen des Monitorings extremistischer Einstellungen sowie der Wahrnehmung von Intoleranz und Extremismen im eigenen Lebensumfeld ist vorgesehen, über die repräsentativen Erhebungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung hinaus auch entsprechende Einstellungen und Erfahrungen junger Menschen, unter Einschluss Jugendlicher unter 18 Jahren, gesondert in den Blick zu nehmen. Hintergrund dessen ist zum einen, dass im Rahmen unserer bundesweit repräsentativen Erhebungen der Gesamtbevölkerung junge Menschen von 18 bis etwa 21 Jahren nur in begrenzter Zahl erreicht werden und unter 18jährige gar nicht davon umfasst sind.

Vorliegende Studien verweisen ferner national wie international auf eine relevante Prävalenz unterschiedlicher Formen politisch-extremistischer Einstellungen und politischer Gewaltbereitschaft gerade in diesem Alterssegment der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (vgl. Brettfeld & Wetzel 2007; Frindte, Boehnke, Kreikenbom & Wagner 2011; Baier, Manzoni & Bergmann 2016; Pauwels & Svenson 2017; Nivette, Eisner & Ribeaud 2017; Krieg & Kliem 2019; Goede & Lopez Trillo 2020). Gerade bezogen auf diese Altersgruppen werden zudem schon seit längerer Zeit altersgerechte

Angebote der Prävention eingefordert, die im Kontext von Schulen, in der politischen Bildung oder der Jugendarbeit eingesetzt werden können (vgl. Baier 2018). Dies erfordert Wissen über Erscheinungsformen, Begleitumstände und Spezifika der hier in den Blick zu nehmenden spezifischen Risikogruppen und dort stattfindender zeitlicher Veränderungen.

Speziell für junge Menschen fehlen für Deutschland umfassendere Trendanalysen, die extremistische Einstellungen bei jungen Menschen auch phänomenübergreifend bezogen auf das gesamte ideologische Spektrum politisch-extremistischer Einstellungen erfassen. Zwar finden sich zum Bereich des Rechtsextremismus für Deutschland auch Erhebungen, die Analysen zeitlicher Veränderungen und Trends bei jungen Menschen – allerdings begrenzt auf bestimmte Regionen – zulassen (Krieg & Kliem 2019). Zum Bereich politisch-religiös motivierter Formen von Extremismus und Gewalt, insbesondere zum Feld des Islamismus, liegen solche Erkenntnisse über Veränderungen von Risikopotenzialen entsprechender Einstellungen und Verhaltensbereitschaften junger Menschen in diesem Alterssegment für Deutschland bundesweit bislang jedoch nicht vor.

Die ursprüngliche Konzeption unseres MOTRA-Teilprojektes sah vor – zusätzlich zur repräsentativen bundesweiten Befragung – in zwei ausgewählten Großstädten und zwei Landkreisen im Abstand von zwei Jahren wiederholt jeweils regional repräsentative Stichproben von  $n = 1.500$  Jugendlichen zu erfassen, die in Klassen der 9. und 10. Jahrgangsstufen aufgesucht und dort schriftlich befragt werden sollten. Die ersten derartigen Erhebungen waren für das dritte und vierte Quartal 2020 geplant. Diese Erhebungen sollten im Abstand von zwei Jahren wiederholt werden.

Die Entwicklungen der COVID-19 Pandemie führten im Hinblick auf die Umsetzung dieser Planungen jedoch zu ganz erheblichen Schwierigkeiten. Im Jahr 2020 war es aufgrund dessen gar nicht möglich, Schülerinnen und Schüler im Klassenverband innerhalb von Schulen zur Durchführung von Befragungen aufzusuchen. Dies stellt sich auch im Verlauf des Jahres 2021 nicht wesentlich anders dar. Auch hier bestehen erhebliche Hindernisse, schulexternen Personen die Durchführung von Befragungen in Schulen zu gestatten.

Es finden sich hier gleich mehrere Probleme: (1) Die erforderlichen Kontaktbeschränkungen gestatteten keine Erhebungen durch Externe in der Schule im Klassenverband. (2) Die Bereitschaft von Schulen und Lehrkräften, sich mit ihren Schülerinnen und Schülern an schulexternen Erhebungen zu beteiligen, war und ist – vermutlich nicht zuletzt auch aufgrund des bisher eingetretenen erheblichen Unterrichtsausfalls – zudem generell deutlich reduziert. Die aus früheren Erhebungen bekannten, relativ guten Rücklaufquoten sind insoweit nicht mehr zu erreichen. (3) Der bisherige Unterrichtsausfall bzw. die für die Jugendlichen erschwerten Bedingungen im Rahmen des Homeschooling lassen zudem erwarten, dass auch die Bereitschaft von Eltern, ihren Kindern die Teilnahme an einer solchen Befragung im Rahmen von Unterrichtszeit zu gestatten, deutlich geringer ausfällt, als dies aus früheren Erhebungen bekannt ist.

Diese Entwicklungen sowie für die weitere Zukunft diesbezüglich bestehende Unwägbarkeiten machten es notwendig, das geplante Design dieses Teils unserer Studie in Bezug auf junge Menschen neu zu überdenken und so zu verändern, dass die Befragungen auch unter Pandemiebedingungen und unabhängig von schulischer Kooperation bzw. den Schulen als Erhebungsort als Wiederholungsmessung umsetzbar sind.

Unsere insoweit modifizierte Konzeption der Befragung der spezifischen Zielgruppe junger Menschen sieht von daher nunmehr vor, ähnlich wie bei der repräsentativen Befragung Erwachsener vorzugehen. Die Befragungen junger Menschen werden in Form einer standardisierten Online-Befragung einer bundesweit repräsentativen Stichprobe der in Deutschland lebenden Wohnbevölkerung im Alter von 16 bis unter 21 Jahren umgesetzt. Auf diese Weise werden speziell ältere Jugendliche und junge Erwachsene erreicht, die mit Blick auf Radikalisierung und Radikalisierungsprävention eine besonders relevante Zielgruppe darstellen.

Die Stichproben werden basierend auf Einwohnermeldeamtsdaten als Personenstichproben per Zufall gezogen. Die erste Erhebung ist für das Jahr 2022 geplant. Sie findet unter dem Titel „Junge Menschen in Deutschland“ (JuMiD) zeitgleich mit der zweiten Welle der oben beschriebenen repräsentativen Befragung Erwachsener (MiD) in der ersten Jahreshälfte 2022 statt.

Die Befragung junger Menschen wird – wie auch in der ursprünglichen Planung vorgesehen – im Abstand von zwei Jahren wiederholt, um Veränderungen identifizieren zu können. Die zweite Erhebung bei den 16 bis unter 21jährigen erfolgt im Jahr 2024, hier wieder zeitgleich mit der dann vierten Welle der Befragung der erwachsenen Wohnbevölkerung.

Je Erhebungswelle werden  $n = 3.000$  junge Menschen in die Befragung einbezogen. In der Summe stehen so für Veränderungsmessungen im Zwei-Jahres-Zeitraum die Daten von insgesamt  $n = 6.000$  Befragten zwischen 16 und unter 21 Jahren zur Verfügung.

Mit der Stichprobenziehung sowie der Durchführung der Erhebungen wurde dasselbe Feldforschungsinstitut beauftragt, das bereits die Feldarbeiten und Stichprobenziehungen für die repräsentativen Befragungen der erwachsenen Wohnbevölkerung im Auftrag der UHH umsetzt. Insofern ist auch unter diesem Aspekt methodische Konstanz und Vergleichbarkeit gewährleistet.

Die Stichprobenziehungen für beide Erhebungen (Welle 2 der Bevölkerungsbefragung MiD und Welle 1 der Befragung junger Menschen JuMiD) beginnen zeitgleich ab Mitte 2021. Die in die Stichprobenziehung für JuMiD eingehenden Gemeinden werden dabei in Teilen identisch mit den Gemeinden sein, in denen auch die Ziehung der Stichprobe für die MiD-Befragung der erwachsenen Wohnbevölkerung erfolgt. Es wird dabei sichergestellt, dass potenzielle Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung – auch diese Erhebung umfasst eine Teilgruppe von Personen zwischen 18 und 21 Jahren entsprechend ihren Anteilen an der erwachsenen Wohnbevölkerung – nicht gleichzeitig in die Stichprobe der Erhebung junger Menschen aufgenommen werden.

Das Erhebungsinstrument für die Befragung junger Menschen stimmt inhaltlich in wichtigen Teilen mit dem in der Bevölkerungsbefragung verwendeten Fragebogen überein. Zusätzlich werden jedoch für junge Menschen relevante spezifische Faktoren der Entwicklung extremistischer Einstellungen in die Erhebungen der JuMiD Studie einbezogen.

Diese partielle Parallelisierung der bundesweit repräsentativen Befragungen Erwachsener (MiD) einerseits und der ebenfalls bundesweit repräsentativen Befragungen junger Menschen (JuMiD) andererseits ermöglicht es, die Befunde beider Erhebungen zueinander in Bezug zu setzen und vergleichend zu analysieren und so Besonderheiten speziell bei jungen Menschen besser herausarbeiten zu können.



## Literatur

- Agnew, R. (2017). General Strain Theory and Terrorism. In G. LaFree & J. D. Freilich (Hrsg.), *The Handbook of the Criminology of Terrorism*, (S. 121-132). Chichester: Wiley.
- Agnew, R. (2006). *Pressured into crime: An overview of general strain theory*. New York: Oxford University Press.
- Arzheimer, K. (2019). Extremismus. In: T. Faas, O.W. Gabriel & J. Maier, J. (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium*, (S. 296-308). Baden-Baden: Nomos.
- Backes, U. (1989). *Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie*. Opladen: Budrich.
- Backes, U. & Jesse, E. (1996). *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. 4. Aufl. Bonn: bpb.
- Baier D. (2018). *Gewalt und Radikalität – Forschungsstand und Präventionsperspektiven. Gutachten für den 23. Deutschen Präventionstag am 11. & 12. Juni 2018 in Dresden*. In: H.-J. Kerner H.-J. & E. Marks (Hrsg.), *Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages*. Hannover 2017, [www.präventionstag.de/dokumentation.cms/4094](http://www.präventionstag.de/dokumentation.cms/4094)
- Baier, D. Manzoni, P. & Bergmann, M.C. (2016). *Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter. Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich*. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 99 (3), 171-198.
- Beelmann, A. (2019a). *Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus*. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Beelmann (2019b). *Grundlagen eines entwicklungsorientierten Modells der Radikalisierung*. In: E. Marks (Hrsg.), *Prävention & Demokratieförderung. Gutachterliche Stellungnahme zum 24. Deutschen Präventionstag*, (S. 181-209). Godesberg: Forum Verlag.
- Bouhana, N. & Wikström, P.-O. (2010). *Theorizing Terrorism: Terrorism as Moral Action. A Scoping Study*. *Contemporary Readings in Law and Social Justice*, 2 (2), 9-79.
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2007). *Muslims in Deutschland: Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen*. Berlin: BMI.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (2020). *Glossar: Extremismus/Radikalismus*. Online unter: <https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/extremismus-radikalismus> [08.12.2020]
- Bundesverfassungsgericht (2017). *Urteil des zweiten Senats vom 17. Januar 2017*. ECLI:DE:BVerfG:2017:bs20170117.2bvb000113.
- Decker, O. & Brähler, E. (2020). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität*. Leipziger Autoritarismusstudie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag
- Decker, O. & Brähler, E. (2018). *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Die Leipziger-Autoritarismus-Studie 2018. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Brähler, E. & Geissler, N. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: FES.
- Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: FES.

- Eckert, R. (2020). *Radikalisierung in konflikttheoretischer Perspektive*. In U. Kemmesies & B. Ben Slama (Hrsg.), *Handbuch Extremismusprävention* (S. 213-267). Wiesbaden: BKA.
- Frindte, W., Boehnke, K., Kreikenbom, H. & Wagner, W. (2011). *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Goede, L-R.; Lopez Trillo, A. (2020). *Islamistischer Extremismus: anderes Geschlecht, andere Risikofaktoren?* *Rechtspsychologie (RPsych)*, 6 (4), 533-558
- Kemmesies, U. (2020). *Begriffe, theoretische Bezüge und praktische Implikationen*. In U. Kemmesies & B. Ben Slama (Hrsg.), *Handbuch Extremismusprävention* (S. 33-55). Wiesbaden: BKA.
- Koopmanns, R. (2015). *Religious fundamentalism and hostility against out groups. A Comparison of Muslims and Christians in Western Europe*. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41, 33-57.
- Krieg, Y. & Kliem, S. (2019). *Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Niedersachsen. Ergebnisse repräsentativer Wiederholungsbefragungen aus den Jahren 2013, 2015 und 2017*. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 102 (2), 135-153.
- Mannewitz, T. (2018). *Das normative Extremismuskonzept – Ein Vorschlag zur Rekonzeptualisierung und Messung*. In: U. Backes, A. Gallus, E. Jesse & T. Thieme, (Hrsg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, (S. 31-53) . Baden-Baden: Nomos.
- Manzoni, P., Baier, D., Haymoz, S., Isenhardt, A., Kamenowski, M. & Jacot, C. (2018). *Verbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen in der Schweiz*. Zürich: ZHAW.
- McCauley, C. & Moskalenko, S. (2017). *Understanding radicalization. The two pyramid model*. *American Psychologist*, 72, 205-216.
- Nivette, A., Eisner, M. & Ribeaud, D. (2017). *Developmental Predictors of Violent Extremist Attitudes: A Test of General Strain Theory*. *Journal of Research in Crime and Delinquency*, 54 (6), 755-790.
- Pauwels, L.J.R. & Svenson, R. (2017). *How robust is the moderating effect of extremist beliefs on the relationship between self-control and violent extremism?* *Crime & Delinquency*, 63 (8), 1000-1016.
- Treskow, L. & Baier, D. (2020). *Wissenschaftliche Analyse zum Phänomen des Linksextremismus in Niedersachsen, seiner sozialwissenschaftlichen Erfassung sowie seiner generellen und spezifischen Prävention*. Hannover-Zürich: KFN, ZHAW.
- Virchow, F. (2016). *Rechtsextremismus: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen*. In: F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.). *Handbuch Rechtsextremismus*, (S. 5-43). Wiesbaden: Springer VS.
- Wikström, P.-O. (2020). *Explaining Crime and Criminal Careers: the DEA Model of Situational Action Theory*. *Journal of Developmental and Life-Course Criminology*, 6, 188-203.
- Wikström, P.-O. (2010). *Situational action theory*. In FT. Cullen & P. Wilcox (Hrsg.), *Encyclopedia of Criminological Theory*. Vol. 2 (S. 1000-1008). Los Angeles: Sage.
- Wikström, P.-O. & Bouhana, N. (2017). *Analyzing Radicalization and Terrorism: A Situational Action Theory*. In G. LaFree & J. D. Freilich (Hrsg.), *The Handbook of the Criminology of Terrorism*, (S. 174-186). Chichester: Wiley.
- Wikström, P.-O. H., Oberwittler, D., Treiber, K. H., & Hardy, B. (2012). *Breaking rules: The social and situational dynamics of young people's urban crime*. Oxford: Oxford University Press.
- Zick, A. & Küpper, B. (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*. Bonn: Dietz.
- Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019). *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Bonn: Dietz.